Nummer 170 — 22. Jahrgang
Erscheint sechsmal wöchentl. Bezugspreis f. die 2. Sept.-Woche 1500000 M. Anzeigenpreis: Die eingesp. Petitzeile 300 000 M., für Familien- u. Vereinsanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 150000 M. Die Petit-Reklamezeile, 80mm br., 1 000 000 M., Offertengebühr f. Selbstabholer 150 000 M., bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Preis für die Einzelnummer 250 000 Mark
Geschäftlicher Teil: Josef Fohmann, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, 11. September 1923
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und Leistung von Schadenersatz. Für undeutlich und durch Fernsprecher übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte und mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags.
Hauptschriftleiter: Dr. Josef Albert, Dresden

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden-Altstadt 16, Holbeinstraße 46
Fernruf 32722 / Postscheckkonto Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Druck und Verlag: Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H. Dresden-Altstadt 16, Holbeinstraße 46

Erst zahlen, dann verhandeln

Poincarés Antwort an Stresemann — Das Märchen von der deutsch-französischen Zusammenarbeit
Die Ablehnung des deutschen Angebotes — Der italienisch-griechische Konflikt vorläufig gelöst
Gesetzliche Verlängerung der Arbeitszeit? — Die große Parade der sächs. Selbstschutzorganisationen

Poincarés Sonntagsrede

Paris, 10. September. Wie Havas meldet, hat Ministerpräsident Poincaré gestern bei der Einweihung des Kriegerdenkmals in Damvillers eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte:

Wir würden sicherlich Verrat üben an dem letzten Willen dieser Gefallenen, wenn wir nicht heute von Deutschland die vollständige Reparation der Schäden verlangen würden, die es hier und in so vielen anderen Gemeinden Frankreichs angerichtet hat. Deutschland hat uns nicht nur durch seine Ausflüchte als schlechter Schuldner gezwungen, selbst Pfänder zu ergreifen, sondern es ist auch durch die Haltung, die es nach unserem Einrücken in das Ruhrgebiet angenommen hat, für seine eigenen Interessen verhängnisvoll gewesen. Es hat, statt uns in loyaler Weise die Lieferungen anzubieten, die es zu uns ausführen in der Lage war, statt sich mit uns zu verständigen, wie wir das von ihm verlangten, um die regelmäßige Leistung dieser Lieferungen sicher zu stellen, unsinnige Summen verbraucht, um einen Widerstand zu organisieren, der, wie es glaubte, uns entmutigen mußte, über den wir aber nach und nach triumphiert haben und der von selbst zusammenzubrechen beginnt.

Wenn der Reichswirtschaftsminister v. Raumer oder der deutsche Finanzminister versichern, daß es für Deutschland eine finanzielle Heilung nur nach dem Ende des Kampfes im Ruhrgebiet gibt, so darf man ihnen also die Antwort geben, daß, wenn dem so ist, sie die Heilung in der Hand haben. Sie müssen nur noch aufhören, Milliarden von Mark ins Ruhrgebiet zu werfen, um die Arbeiter zum Streik zu ermutigen. Ich höre allerdings, daß der neue Reichskanzler uns jetzt andere Pfänder vorschlägt als das Ruhrgebiet und die Eisenbahnen der besetzten Gebiete.

Aber wir ziehen es vor, etwas in der Hand zu haben, als einer Sache nachzulaufen. Die Garantien, von denen man spricht, würden der allgemeinen Hypothek auf sämtlichen Besitz der deutschen Staaten, die der Versailler Vertrag den Alliierten gibt, nichts hinzufügen. Wir ziehen die positiven Pfänder vor, die wir in der Hand haben, und werden sie nicht gegen generelle Pfänder freigeben, die vielleicht auf dem Papier ausgezeichnet wären, deren Ertrag uns aber entgehen würde. Wir wollen Realitäten und wir werden erst abziehen, wenn wir bezahlt sind.

Reichskanzler Dr. Stresemann erklärt nachdrücklich, daß ein enges Zusammenwirken zwischen den einander ergänzenden Industrien Deutschlands und Frankreichs eine ausgezeichnete Einleitung zur Regelung der Reparationen und zu einem endgültigen Friedensstatut wäre. Schon im Dezember vorigen Jahres hatte der damalige Reichskanzler Dr. Cuno mir durch seinen Botschafter Verhandlungen mit den deutschen Industriellen anbieten lassen, um Abmachungen mit den französischen Industriellen vorzubereiten, und es trifft allerdings zu, daß die Industrien der beiden Länder, da Deutschland Kohlen und wir Eisenerze fördern, eines Tages ein Interesse daran haben werden, sich miteinander zu verständigen. Aber die Franzosen, die an diesen wirtschaftlichen Unterhaltungen am meisten interessiert sind, haben begriffen, daß sie, bevor sie an deren Vorbereitung gehen, der französischen Regierung Zeit lassen müssen, bezüglich des Reparationsproblems Sicherheiten und Ergebnisse zu erlangen. Die Frage, die alle anderen beherrscht, die Frage, die in erster Linie alle unsere Sorgen erfordert, ist in der Tat die des Wiederaufbaues unserer zerstörten Gebiete.

Wenn wir sehen, daß Deutschland aufrichtig entschlossen ist diese Fragen zu regeln und uns für unsere Sicherheit etwas anderes als Versprechung zu geben, dann werden wir ohne Voreingenommenheit die Möglichkeit ins Auge fassen, Wirtschaftsverträge abzuschließen. Aber dann möge Deutschland beginnen, sein Verhalten zu ändern und endlich seinen guten Willen zu zeigen! Dann möge Deutschland auf Vorwände und Zweideutigkeiten verzichten! Dann möge Deutschland sich ein für allemal entschließen, ernsthafte Anstrengungen zu machen und sich in die Lage zu versetzen, seine Schulden zu bezahlen! Bisher stellen wir nicht fest, daß seine Absichten sich in sehr fühlbarer Weise geändert haben. Der Ton hat sich geändert, und das ist trotz allem ein Fortschritt. Aber das Lied ist fast das gleiche geblieben.

Wenn die deutsche Regierung sich einmal damit beschäftigen würde, die Korrespondenz von Thiers mit dem Grafen Saint-Vallier und mit Manteuffel nachzulesen, dann würde sie es besser begreifen, wie eine Nation, die die beste Absicht hat, sich von ihren Verpflichtungen zu befreien, sich betragen kann und muß. Deutschland steht am Kreuzweg. Wenn es sich retten will, so ist dazu noch Zeit. Wenn es weiter bei seinen Methoden bleibt, dann wird es Katastrophen auf sich herabziehen, für die wir nicht verantwortlich sein werden.

•

Es laufen seit einigen Tagen Gerüchte um, daß eine direkte Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland in nächster Nähe sei. Durch diese neue Poincarerede werden diese Hoffnungen in sehr großem Maße zerstört sein. Poincaré bricht zwar nicht alle Brücken ab, aber man hätte erwarten müssen, daß er auf das deutsche Anerbieten der Garantieübernahme durch die gesamte deutsche Wirtschaft grundsätzlich eingegangen wäre. Es hat den Anschein als ob Poincaré den Weg zu eventuellen Verhandlungen einerseits nicht versperren wolle, anderseits aber nochmals einen recht großen äußeren Druck auf Deutschlands Verständigungswillen durch seine Rede auszuüben gedenke. Wir können uns auf Grund dieser Rede keinen großen Hoffnungen hingeben. Sie bedeutet grundsätzlich keinen Fortschritt auf dem Wege der Verständigung. Dennoch sollen Berliner politische Kreise die Hoffnung nicht ganz aufgegeben haben. Stresemann wird deshalb alsbald in der Oeffentlichkeit Stellung nehmen. Diese Hoffnung hat allerdings nur Berechtigung wenn die deutsche Regierung noch weitere wirtschaftliche (für uns erträgliche?) Zugeständnisse zu machen bereit ist.

Pariser Kommentar der Poincaré-Rede

Paris, 10. September. Die gestrige Rede Poincarés wurde hier mit großer Spannung erwartet. Angesichts der vielen Gerüchte von deutschen offiziösen und offiziellen Fühlern hatte man sich hier einer gewissen Nervosität bemächtigt. In dieser Hinsicht hat die Rede des Ministerpräsidenten keine Aufhellung gebracht. Die Pressestimmen sind darum auch sehr eintönig. Der „Temps" schreibt: Poincaré stellt fest, daß der Ton der deutschen Regierung sich geändert habe, nun müßten sich auch die Taten ändern. Dasselbe findet auch das „Journal des Debats". Das Blatt fügt hinzu: Verhandlungen mit Deutschland seien ein Ding der Unmöglichkeit, solange der Kanzler nicht Einstellung des passiven Widerstandes voranschicke.

Stresemann wird Poincaré antworten

Berlin, 10. September. In hiesigen politischen Kreisen nimmt man an, daß Poincarés Ausführungen nicht als eine Absage an Stresemann zu betrachten seien, sondern daß sie vielmehr die Fortsetzung der deutsch-französischen Aussprache ermöglichen. Man glaubt insbesondere, in der Rede eine Mäßigung gegenüber Deutschland feststellen zu können, das schon als ein Fortschritt betrachtet werden könne. Wie weiter mitgeteilt wird, wird Dr. Stresemann sich in den nächsten Tagen zu der Rede Poincarés, und der Frage, unter welchen Umständen eine Verständigung mit Frankreich herbeigeführt werden könne, im einzelnen aussprechen.

Eine zweite Poincaré-Rede

Paris, 20. September. Bei der Einweihung des Kriegerdenkmals in Haudainville hielt Ministerpräsident Poincaré noch eine Rede, in der er Aehnliches sagte wie in der ersten und in der er außerdem noch sagte:

Deutschland selber hat die wirtschaftliche Not geschaffen, die es heute zu Boden drückt. Deutschland selber hat sich in jene entnervende Unsicherheit gebracht, die die Inflation, das Sinken der Mark und das Steigen der Preise herbeiführten. Jetzt beginnt es sich von der Wirklichkeit Rechenschaft abzulegen, aber heute noch gibt es sich, wie es scheint, einigen Illusionen hin.

Die Bedingungen, die wir öffentlich gestellt haben, an denen nicht zu rühren ist, können nicht umgestürzt werden. Sie sind wiederholt von den französischen Kammern bewilligt worden. Es hängt weder von der gegenwärtigen, noch von einer anderen Regierung ab, sie abzuändern.

Bei uns gibt es keine Herzöge und keine Knechte, wir sind eine freie Demokratie. Bei uns ist eine Regierung, wie sie auch immer sein möge, nur der Dolmetscher des souveränen Volkes. Es hat aber das Volk niemals entschiedener seinen Willen gehabt.

Ich habe das tönende Echo dieses Willens alle die Tage hören können, nicht nur in den zerstörten Gebieten, sondern auch gestern am anderen Ende Frankreichs, in der treuen und patriotischen Bretagne, die mir bei meiner Durchreise überall einen so eindrucksvollen Empfang bereitet hat. **Was Frankreich will, das ist, bezahlt zu werden. Es hat nach den Mitteln gesucht, um diese Bezahlung zu erhalten. Frankreich erwartet, daß man ihm Genugtuung gibt. Nicht Frankreich ist es, das weichen wird.**

Griechenland unterwirft sich

Paris, 10. September. Nach einer Havasmeldung aus London hat Griechenland die Entscheidung der Botschafterkonferenz angenommen.

Rom, 10. September. Mussolini hat dem italienischen Botschafter in Paris folgendes Telegramm mit der Weisung, es der Botschafterkonferenz zu übermitteln, übersandt:

Ich bitte, der Botschafterkonferenz mitteilen zu wollen, daß die königliche Regierung von der Note der Konferenz an Griechenland Kenntnis genommen hat und daß sie sie annimmt unter erneuter Betonung ihres Entschlusses, Korfu und die benachbarten Inseln zu räumen, sobald Griechenland alle verlangten Reparationen in vollem Umfange und endgültig erfüllt haben wird.

Ein neues französisches Todesurteil

Düsseldorf, 10. September. Das französische Kriegsgericht hat den deutschen Studenten Raab nach fünfstündiger Verhandlung zum Tode verurteilt. Die Verteidigung hat gegen das Urteil Revision eingelegt.

Der zum Tode verurteilte deutsche Student Raab, der bisher in aller Form geleugnet habe, der Urheber des ihm zur Last gelegten Anschlages zu sein, soll eingestanden haben, daß er am 4. August eine Handgranate in die Abteilung französischer Jäger zu Fuß geworfen habe, die die Wache am Stahlhof in Düsseldorf übernehmen sollte.

Münster, 10. September. Auf der zerstörten Lippebrücke bei Wiunum wurde der Landwirt Höning aus Olpe von einem französischen Posten erschossen.

Vorbereitungen für das rheinische Geld

Koblenz, 10. September. Eine wichtige Sitzung fand am Donnerstag in Koblenz zwischen Vertretern von etwa 30 Großstädten des Rheingebietes, darunter Aachen, Trier, Wiesbaden, Mainz u. a., sowie etwa 40 Vertretern der Banken und der Industrie einerseits, und der interalliierten Behörden andererseits. Es handelte sich insbesondere um die Besprechungen der Lage auf dem Weltmarkte und die Ausgabe und den Umlauf des sogenannten Notgeldes.

3. Sächsischer Handwerkertag in Dresden

Dresden, 10. September.

Am Sonnabend wurde mit einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Landesausschusses des Sächsischen Handwerks im Konzertsaal des Ausstellungspalastes der 5. Sächsische Handwerkertag vom Ausschußvorsitzenden, Obermeister Kunzsch, M. d. L. eröffnet. Das sächsische Wirtschaftsministerium war vertreten durch Oberregierungsrat Dr. v. Buch. Syndikus Weber sprach über „die Auswirkungen des Währungsverfalles auf das Handwerk und die Einführung einer wertbeständigen Preisbildung", worin er die Einführung eines Schlüsselzahlsystems empfahl mit einem sog. gebrochenen Index, der die Steigerungen der Materialpreise, Löhne und Unkosten zum Ausdruck bringe. In einer Entschließung verwahrt man sich dagegen, noch länger die Puffer zwischen der diktatorischen Abwälzung der Geldentwertung durch Industrie und Großhandel und der Abwehr der Verbraucherschaft, abzugeben. — Weiter wandte man sich gegen die Uebergriffe von Kontrollausschüssen und gegen die Ueberspannung der Preisschilderverordnung. Eine weitere Entschließung wurde zum Entwurf des Berufsschulgesetzes gefaßt, in der man Unterstellung des Berufsschulwesens unter das Wirtschaftsministerium und angemessene Besoldung der Fachlehrer fordert. Schließlich wurde noch die Auswirkung der neuen Gemeindeverfassung auf das Handwerk behandelt. Man forderte für die bevorstehenden Gemeindeverordnetenwahlen stärkste politische Aktivität.

Am Montagmittag fanden verschiedene Obermeistertagungen statt, am Abend ein glänzend verlaufener Begrüßungskommers in den beiden Sälen des Ausstellungspalastes, welche die Teilnehmer kaum zu fassen vermochten. Zu einer großen Kundgebung des sächsischen Handwerkes gestaltete sich die Tagung am Sonntag vormittag. Begrüßungsansprachen hielten u. a. Obermeister Kunzsch, Ministerialdirektor Dr. Schulze für die sächsische Staatsregierung, Stadtrat Reichardt im Namen der Stadt Dresden. In glänzendem Vortrag sprach der Vorkämpfer des sächsischen Handwerks, Reichstagsabg. Wiener, Chemnitz, über die Bedeutung des Handwerks für unser Volks- und Wirtschaftsleben". Ferner beleuchtete Syndikus Weber die Stellung des Handwerkes zur Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik der Gegenwart. Mehrere Entschließungen fanden Annahme. Mit dem Deutschlandlied schloß diese Kundgebung, an die sich ein Umzug durch die innere Stadt anschloß. Es sollte ein Protest sein gegen alle Kräfte, die dem Handwerk die Lebensbedingungen unterbinden wollen. Die Kundgebung hat aufs neue den starken Lebensmut und Lebenswillen des Handwerkes bekundet, der auch die Schwierigkeiten unserer Tage meistern wird.

Am Montag fand die Tagung mit einer Dampfersonderfahrt nach der Sächsischen Schweiz (Bastei) ihren Abschluß.

Die Hebung der Produktion

Die Verlängerung der Arbeitszeit.

Berlin, 10. September. Hier sollen Verhandlungen zwischen leitenden Persönlichkeiten der Wirtschaft und den Führer der Spitzengewerkschaften eingeleitet worden sein, die sich mit der Frage der Hebung der deutschen Produktion beschäftigen. Von den Wirtschaftlern sei bei den bereits stattgefundenen Vorbesprechungen betont worden, daß die Wirtschaft alles tun werde, um die Reichsregierung bei der Schaffung der neuen Währung und der Herbeiführung geordneter Staats- und Wirtschaftsverhältnisse zu unterstützen, daß aber ihr Bestreben, zu helfen, in hohem Maße abhängig sei von einer Neuregelung der Arbeitszeit. Von seiten der Gewerkschaften, auch der sozialdemokratischen, soll man diese Auffassung als durchaus berechtigt anerkannt und sich bereit erklärt haben, in diesem Sinne auf die den Gewerkschaften angeschlossenen Arbeitermassen einzuwirken. Wie es heißt, soll die Neuregelung dahin erfolgen, daß gesetzlich die Arbeitszeit um 1 bis 2 Stunden erhöht wird, und daß in die so gesteigerte Arbeitszeit, Pausen, Betriebsvorbereitungen usw. nicht mit einbezogen werden. Daneben laufe die besondere Regelung der Ueberstundenfrage. Man sei sich, so wird weiter angegeben, klar darüber, daß dieses Vorhaben die Gewerkschaften vor schwere Entschlüsse stellen wird, um so mehr, als die Gewerkschaften auch bereit seien, in die Aufhebung der sogenannten Demobilmachungsvorschriften einzuwilligen, wodurch die Arbeitslosigkeit durch die Abstoßung überflüssiger Kräfte zunächst eine Erhöhung erfahren würde.

Die amerikanische Hilfe für Japan

London, 10. September. Wie aus Newyork mitgeteilt wird, hat Präsident Coolidge gestern eine neue Konferenz abgehalten, und sich über das Hilfswerk für Japan ausgesprochen. Die amerikanische Regierung beabsichtigt, Japan in unbeschränktem Maße zu Hilfe zu kommen. Von alle Seiten laufen Geldspenden und Gegenstände des täglichen Bedarfs ein. Die Stadt Newyork allein hat zwei Millionen Dollar gezeichnet.

London, 10. September. Wie aus Tokio gemeldet wird, herrscht seit Sonnabend mustergültige Ruhe. Der Magistrat wird energisch von den Truppen unterstützt, um die Obdachlosen unterzubringen. Dennoch sind 135 000 Menschen gezwungen, im Freien die Nächte zu verbringen.

Zeigners Reise nach Berlin

Berlin, 10. September. Der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner ist nach Dresden zurückgekehrt, ohne daß eine Aussprache mit dem Reichskanzler stattgefunden hätte. Eine solche soll aber später noch erfolgen. Gegenüber den neuerlichen Erklärungen des sächsischen Ministerpräsidenten steht Reichswehrminister Dr. Geßler auf dem Standpunkt, daß er es ablehnen müsse, Differenzen mit Dr. Zeigner durch eine Pressepolemik zum Ausdruck zu bringen. Dr. Geßler hat dem Reichskanzler das Material übergeben und wird auf diesem Wege eine Erledigung herbeiführen. Er wird sich von diesem Standpunkt weder durch persönliche Angriffe noch durch Drohungen mit Enthüllungen, die er im übrigen in keiner Weise zu fürchten habe, abbringen lassen.

SLUB
Wir führen Wissen.